Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr.- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. R. Liebscher, beide in Posen.



Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 163

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 6. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

63. Sitzung vom 5. März, $2\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Bundesrathstische: Kriegsminister Bronsart von Schellendorff u. A.

Das Haus ist schwach, die Tribünen sind gut besucht.

Die zweite Berathung des Militäretats wird bei der Militär-Justizverwaltung fortgesetzt. Zugleich gelangt folgende von der Budgetkommission beschlossene Resolution mit zur Berathung: die verbündeten Regierungen wiederholt zu ersuchen, nach dem Vorgange der Veröffentlichungen über die allgemeine Kriminalstatistik auch die Veröffentlichung einer Statistik über die von den Militärgerichten abgeurtheilten Strafsachen zu veranlassen.

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff** kommt nochmals auf den Fall Kirchhoff zurück. Ein erbärmlicher Mensch habe die Geschichte von der Tochter des Generals erfunden und das hinterher vor Gericht zugestanden. Wenn aber die Geschichte erlogen und erfunden sei, dann dürfe man sich über seine Erregung am Sonnabend nicht wundern. Der Abg. Bebel habe es auch kritisirt, daß dem General Kirchhoff von allerhöchster Stelle mildernde Umstände zugebilligt worden seien. Das Recht der Begnadigung und der Verleihung von Dekorationen sei ein souveränes Recht des Königs von Preußen, über das im Reichstage keine Kontrole geübt werden dürfe. Wenn es trotzdem geschehe, dann protestire er dagegen als einen Eingriff in die Rechte der Krone Preußen. (Zustimmung rechts.) Man berufe sich im Falle Kirchhoff auf die öffentliche Meinung; er berufe sich auf das öffentliche Gewissen. Wäre dieser Prozeß vor einem Geschworenengericht verhandelt worden und hätten ihm die Herren Träger oder Munckel als Vertheidiger zur Seite gestanden, so wäre er wohl freigesprochen worden. Im Uebrigen sollten auch gerade die Sozialdemokraten das Begnadigungsrecht der Krone nicht antasten, denn sie könnten gar nicht wissen, ob sie es nicht dermaleinst brauchen könnten. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf.) Ueber die vom Abg. Bebel vorgebrachten Fälle von Soldatenmißhandlungen könne er sich, da er die Akten nicht zur Hand habe, heute nicht äußern; früher vom Abg. Bebel angeführte Fälle hätten sich theils als unrichtig, theils als übertrieben oder entstellt herausgestellt. Den Vorwurf mache er aber nicht dem Abg. Bebel, sondern dessen Gewährsmännern. Er vermöge nicht einzusehen, welchen Nutzen die Erörterung solcher Einzelfälle haben solle (Sehr richtig! rechts.) Mißhandlungen kämen überall vor, aber er mißbillige sie. Die Militärverwaltung wolle vor allem gute und brave ehrenhafte Soldaten erziehen, die vor Allem die Verlockungen einer Partei — natürlich außerhalb des Hauses — zurückwiesen, die sich nicht entblöde, die Soldaten zum Bruch des Fahneneides aufzufordern. (Lebhafter Beifall rechts. Oho! links.) Die Militärverwaltung wolle und werde die Mißhandlungen beseitigen; die Zahl derselben sei auch bereits zurückgegangen. Auch die Angaben Bebels über die Soldatenselbstmorde seien übertrieben.

Abg. Dr. **Lieber:** Der Herr Kriegsminister möge sich versichert halten, daß wir ihm keinen Vorwurf aus der warmen und ritterlichen Vertheidigung eines schwer angegriffenen und abwesenden Kameraden machen, wir würden das Gegentheil bedauern müssen. Wir beklagen mit ihm tief die Möglichkeit einer so ehrenrührigen Beleidigung und Verleumdung durch die Presse. Wenn wir auch in die scharfe Verurtheilung, die der Abg. Bebel dem Fall Kirchhoff angedeihen ließ, nicht einstimmen können, so müssen wir doch auch einige Ausdrücke des Kriegsministers beanstanden. Wir können das Recht der Nothwehr hier nicht erkennen. Sowohl die christliche, als die allgemein menschliche Moral und das geordnete Recht verbieten es, unter solchen Umständen zur Nothwehr zu schreiten. Gern anerkennen wir, daß eine tragische Verwickelung vorliegt, und daß es unmöglich ist, hier im Reichstage über einen Mann den Stab zu brechen, der bereits seinen irdischen Richter gefunden und vor dem himmlischen sich noch zu verantworten haben wird. Aber vom Standpunkt des Christenthums, das das alte Gebot vom Berge Sinai: Du sollst nicht tödten! übernommen hat, vom Standpunkt der Gesittung und vom Standpunkt eines geordneten Staatswesens, als welches das deutsche Reich berufen ist, in der Reihe der gesitteten Nationen eine der ersten Stellen einzunehmen, müssen wir gegen die hier vorliegende Selbsthilfe Stellung nehmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Lenzmann** (dfr. Volksp) bezeichnet es als ein Unding, daß im Jahre 1894 noch die veraltete preußische Militärstrafprozeßordnung bestehe. In erster Linie sei bei derselben die Ersetzung des Gerichtsherrn durch den Staat nothwendig. Der Reichstag habe allerdings das Recht, sich auch über das militärische Beschwerderecht zu äußern. Menschlich könne er das Vorgehen des Generals Kirchhoff begreifen — er selbst würde, wenn Jemand seine Tochter in ähnlicher Weise verleumdete, diesen wie einen tollen Hund über den Haufen schießen oder mit einer Peitsche todtschlagen — aber von einem guten Recht des Generals Kirchhoff dürfe der Kriegsminister, der allerdings kein Jurist, aber doch Kriegsherr sei (Heiterkeit) nicht sprechen, ebensowenig von Nothwehr. Auf solche Nothwehr könnten sich auch die Anarchisten berufen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten), könne sich auch der bürgerliche Vater berufen, der den Offizier, der seine Tochter verführt, niederschießt (Zustimmung links). Der Kriegsminister habe die menschliche und rechtliche Seite der Frage nicht unterschieden. Auf Grund der Rede des Kriegsministers könne der General Kirchhoff zu Bebel gehen und sagen, ich kann Sie wegen Ihrer Immunität nicht verklagen, deshalb verschaffe ich mir jetzt selbst Hilfe. (Sehr richtig! links.) Gegen solche Grundsätze müsse entschieden protestirt werden.

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff** erklärt, er habe nicht behaupten wollen, jeder Mensch habe das Recht, zur Selbsthilfe zu schreiten. Er protestire gegen diese Ausbeutung seiner Worte. Der General Kirchhoff habe kein Recht gehabt, auf den Redakteur zu schießen.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.) erklärt, daß General Kirchhoff vom rein menschlichen Standpunkte aus zu entschuldigen sei. Er freue sich, daß der Kriegsminister diesen braven Offizier so warm in Schutz genommen, und ebenso danke er dem Kriegsminister, daß er die Rechte der Krone in so entschiedener Weise zur Geltung gebracht habe. (Beifall rechts.) Das sei für ihn in hohem Grade wohlthuend gewesen. Die von Bebel gerügten Soldatenmißhandlungen hätten sich hinterher immer als übertrieben herausgestellt. Bebel möge lieber die Mißhandlungen rügen, die von streikenden Arbeitern gegen nichtstreikende Arbeiter verübt würden. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.) führt aus, daß er den Fall Kirchhoff nur zur Sprache gebracht habe, um nachzuweisen, daß die Militärstrafprozeßordnung der Reform bedürfe. Er habe die Familie des General Kirchhoff ganz aus der Debatte gelassen. Am Sonnabend habe der Kriegsminister direkt das Faustrecht proklamirt. Er als Sozialdemokrat habe sich niemals träumen lassen, daß er einmal den Rechtsstaat gegen einen königlich preußischen Kriegsminister werde vertheidigen müssen. Wenn der Kriegsminister das Faustrecht proklamire, dann rechtfertige er auch die Thaten der Anarchisten und dürfte sich nicht wundern, wenn der mißhandelte Soldat seinen Peiniger einfach niederschieße. (Beifall links.) Wenn der Minister sage, ein Geschworenengericht würde Kirchhoff freigesprochen haben, dann möge er doch die Geschworenengerichte für die Militärjustiz einführen. (Heiterkeit.) Daß die Rechte dem Faustrecht zujuble, sei nicht verwunderlich; finde doch die Rechte das Duell mit ihrem Christenthum vereinbar. Niemals sei ihm eingefallen, das Begnadigungsrecht der Krone anzutasten; dieses sei schon nothwendig, um Fehler der Justiz zu korrigiren. In alle Ewigkeit niemals werde allerdings die Sozialdemokratie an dieses Begnadigungsrecht appelliren (Na, na! rechts); müßten doch die Sozialdemokraten stets die Erfahrung machen, daß sie ihre Strafen voll absitzen müßten, während gemeine Verbrecher begnadigt würden. (Zustimmung links.) In Betreff der Soldatenmißhandlungen erinnert Redner nochmals an den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen und des bayerischen Kriegsministeriums. Gerade die Klagen über Soldatenmißhandlungen im Reichstage trügen zur Verminderung dieser Mißhandlungen bei. Nur in einzelnen Fällen habe er sich bei der Angabe von Soldatenmißhandlungen geirrt. Er müsse den Kriegsminister auffordern, nur einen Fall anzugeben, wo von einem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei zum Bruch des Fahneneides aufgefordert worden sei. Eine solche Aufforderung würde ja mit den allerstrengsten Strafen belegt. In der sozialdemokratischen Fraktion befänden sich unter 44 Mitgliedern nicht weniger denn 13 ehemalige Unteroffiziere und Vizefeldwebel. Das beweise doch, daß die Sozialdemokraten als Soldaten sich gut führten. Die Sozialdemokraten haben gar nicht nöthig, zu solchen Mitteln zu greifen. Die Dinge entwickelten sich von selbst, seine Partei brauche blos Zeit, um abzuwarten, und die habe sie. Zum Schluß bekämpft Redner das nach seiner Ansicht barbarische Militärstrafprozeßbuch, das der alten „Karolina" würdig zur Seite gestellt werden könne. (Beifall links.)

Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff** erwidert, er habe von einer Partei außerhalb des Hauses gesprochen, welche die Soldaten zum Bruche des Fahneneides auffordere. Ihm sei nicht bekannt, daß etwa Mitglieder des Hauses sich z. B. damit beschäftigten, Broschüren und alle möglichen Aufrufe in die Kaserne zu schmuggeln. Ich behaupte nicht, daß etwa der Abgeordnete Bebel diese Schriften verfaßt hat; (Ruf: vielleicht Spitzel?) ich spreche nur von Mitgliedern einer Partei außerhalb des Hauses.

Abg. **v. Bennigsen** verweist auf die zahlreichen Gewaltthätigkeiten der streikenden Bergleute gegen nichtstreikende bei den letzten Bergarbeiterausständen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland. Diese Mißhandlungen sollten die Sozialdemokraten rügen, statt fort und fort vereinzelte Mißhandlungen beim Militär herauszugreifen. Redner verbreitet sich ebenfalls über den Fall Kirchhoff, bedauert den Ausdruck „Mordversuch", den Bebel auf die That des Generals angewendet, und sucht ebenfalls darzulegen, daß der General vom menschlichen Standpunkte aus nicht zu verurtheilen sei. Hoffentlich würden die heutigen Verhandlungen dazu beitragen, daß der auf Sensation berechnete gemeine Klatsch mehr und mehr aus der anständigen Presse verschwinde.

Abg. Dr. **Barth** (Fr. Vp.) mißbilligt ebenfalls das am Sonnabend vom Kriegsminister proklamirte Faustrecht, hebt aber hervor, daß der Minister heute seine früheren Ausführungen eingeschränkt habe.

Abg. **Schall** (kons.): Wenn der Abg. Bebel neulich erklärt habe, die in die Armee eintretenden Sozialdemokraten müßten mit den Wölfen heulen, so erinnere ihn das an das Wort der Schrift: Hütet Euch vor denen, die in Schafskleidern zu Euch kommen, denn inwendig sind sie reißende. (Heiterkeit links.) Von der großen Bedeutung des Fahneneides hätten die Sozialdemokraten keine richtige Vorstellung, daher auch die Agitation der sozialdemokratischen Presse gegen diesen Eid. Wenn Bebel den Konservativen vorgeworfen, daß sie das Duell billigten, so bemerke er, daß vom christlichen Standpunkte das Duell zu verwerfen sei, aber (Rufe links: Aber! Heiterkeit.) Wir leben eben noch nicht in dem goldenen Zukunftsstaat der Sozialdemokraten, von dem ich allerdings befürchte, daß er eine allgemeine Katzbalgerei sein wird. Redner wendet sich des Weiteren gegen die Bebelschen Ausführungen über die Soldatenmißhandlungen und bestreitet den Sozialdemokraten das Recht, sich zu Anwälten der Unterdrückten aufzuwerfen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Kröber** (Südd. Volksp.) giebt dem Minister zu, daß es mit den Mißhandlungen besser geworden sei. Indeß sei es noch immer schlimm genug. Besser werde es werden, wenn man die Unteroffiziere in allen Fällen zu Gemeinen degradire, oder abschiebe, und sämmtliche Offiziere, die die Gemeinheit begingen, einen wehrlosen Mann zu mißhandeln, mit Gefängniß oder Festung bestrafe. Das sei das Mittel, die Mißhandlungen fast ganz zu beseitigen.

Abg. Dr. **Lieber** sieht sich durch die Ausführungen Schalls veranlaßt, das Duell ohne jedes Aber beim Militär so gut wie in zivilen Verhältnissen absolut zu verurtheilen. (Bravo! links.) Weiter protestirt Redner unter Berufung auf das Stenogramm der neulichen Rede des Kriegsministers gegen den Vorwurf, dessen Worte verdreht zu haben.

Kriegsminister **Bronsart** versichert, daß es ihm absolut fern gelegen habe, den Abgeordneten Lieber treffen zu wollen. Er habe sich gegen die Presse gewandt, die ihn als einen modernen Vertreter des Faustrechts hingestellt habe.

Abg. **Bebel** meint, daß die Ausführungen Schalls nur geeignet seien, das Christenthum zu diskreditiren. Gerade dadurch, daß derartige Widersprüche zwischen Theorie und Praxis bei den Standesgenossen des Herrn Schall sich so oft zeigten, würden den Sozialdemokraten die besten Waffen gegen das Christenthum geliefert. Er stelle fest, daß ein Geistlicher das Duell zu rechtfertigen versucht habe. Herrn von Bennigsen bemerke er, daß er selbst dem General Kirchhoff am Sonnabend mildernde Umstände bewilligt habe. Die öffentliche Meinung habe sich über diesen Fall gerade wegen der Geheimnißkrämerei im Militär-Strafverfahren aufgeregt.

Die Debatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. **Schall**, er lehne es ab, über Christenthum sich vom Abg. Bebel belehren zu lassen. Auch die Protestanten, das bemerke er dem Abg. Dr. Lieber, verurtheilten das Duell und erstrebten dessen Abschaffung. Sie meinten aber, die Abschaffung müsse auch auf dem Wege der Gesetzgebung erstrebt werden. (Heiterkeit links.)

Das Kapitel „Militär-Justizpflege" wird bewilligt, die Resolution betr. Vorlegung einer Militär-Kriminalstatistik wird angenommen.

Nachdem noch mehrere Kapitel debattelos bewilligt sind, wird die Weiterberathung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Schluß $5\frac{3}{4}$ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 5. März, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des **Antrags Bachem:** Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Abgeordnetenhause baldmöglichst, zunächst für alle Städte von mehr als 10 000 Einwohnern statistische Mittheilungen über die Ergebnisse des Wahlverfahrens nach Erlaß der Wahlgesetznovelle vom 29. Juni 1893 zu machen, welche sowohl bezüglich der Wahlen zum Abgeordnetenhause, als bezüglich der Gemeindewahlen, soweit bei diesen das Dreiklassenwahlsystem gilt, unter Vergleichung mit den entsprechenden Zahlen bei früheren Wahlen den Einfluß ersehen lassen, den die neuere Wahl- und Steuergesetzgebung auf die Vertheilung der Wähler in die verschiedenen Wahlklassen ausgeübt hat.

Als Antragsteller erhält zunächst das Wort

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.): Unser Antrag geht zurück auf die materiellen Ergebnisse der Wahlreform aus der vorigen Session. Die Wahlgesetznovelle enthielt keine Verbesserung gegenüber den eingreifenden Aenderungen, die die neue Steuergesetzgebung zur Folge hatte. Und doch war in der Thronrede eine Wahlreform versprochen worden, die den durch die Steuergesetze bedingten Verschiebungen in der Abstufung des Wahlrechts Rechnung tragen sollte. Es wird wohl noch einen langen, schweren Kampf kosten, bis wir ein gutes Wahlgesetz bekommen. Wir wollen langsam hier und im Lande Stimmung machen für ein neues Wahlgesetz. Das bestehende Wahlgesetz ist ja überhaupt kein definitives, wie es in der Verfassung versprochen wurde. Wir werden es uns angelegen sein lassen, das Land davon zu überzeugen, daß, nachdem wir eine auf lange Zeit hinaus abgeschlossene Steuergesetzgebung erhalten haben, uns nunmehr auch ein definitives Wahlgesetz gewährt werden muß. Wir haben Ihnen eine auf Rheinland bezügliche Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, daß in Städten über 10 000 Einwohner die Zahl der Wähler 1. und 2. Klasse erheblich abgenommen, die der Wähler dritter Klasse dagegen zugenommen hat. Eine ähnliche Erscheinung tritt in Westfalen und Berlin zu Tage. In Dortmund gab es 1891 noch 250 Wähler erster Klasse, 1893 nur noch 20, 1891 1541 Wähler zweiter Klasse, 1893 nur noch 660, 1891 13 401 Wähler dritter Klasse, 1893 aber schon 16 000. In einer schlesischen Stadt von 25 000 Einwohnern bilden 5 Leute die Wähler erster und zweiter Klasse, darunter Pincus sen. und Pincus jun. (Heiterkeit.) Wir vertreten hier nicht etwa nur rheinische und blos ultramontane Interessen, sondern die Interessen der breiten Massen und vor allem des Mittelstandes. Ist es denn ein erstrebenswerther Zustand, wenn der Reichskanzler in der dritten Klasse wählen muß? Wenn lediglich dem Kapitalismus die erste und zweite Klasse vorbehalten bleiben? Die zweite Klasse sollte nach der Absicht des Gesetzgebers des ursprünglichen Wahlgesetzes der gebildeten und seßhaften Bevölkerung vorbehalten bleiben. Thatsächlich aber haben sich die Verhältnisse derart entwickelt, daß dem Kapitalismus allein die ausschlaggebende Rolle zufällt. Die konservative Partei hat Mißtrauen gegen unsere Anträge, und Graf Limburg-Stirum meinte s. Z., das Centrum werde doch nicht Schicht machen, wenn ihm auch seine Wünsche gewährt werden. Kann man denn im Wahlrecht Schicht machen? Der Entwickelung der Verhältnisse muß Rechnung getragen werden. Daß zu weit gehende Wünsche befriedigt werden, davor schützt Sie ja die Autorität des Herrenhauses und der Krone, die ihre Zustimmung zu allen Gesetzen geben müssen. Wenn wir vorläufig nur eine Statistik für die Städte über 10 000 Einwohner fordern, so ist damit nicht gesagt, daß in anderen Städten Mißstände nicht vorkommen.

Minister des Innern **Graf zu Eulenburg:** Die Staatsregierung ist bereit, zu dem Antrage, wie er vorliegt, ihre Zustimmung auszusprechen, so weit dies ohne ganz unverhältnißmäßigen Aufwand von Zeit und Kosten möglich ist. Das letztere bezieht sich namentlich auf die große Ausdehnung, auf die Vergangenheit, welche der Antragsteller wünscht. Das Material, das uns in dieser Beziehung vorliegt, ist ein sehr mangelhaftes und es ist theilweise gar nicht möglich, es zu ergänzen. Es wird genügen, wenn wir die Vergleiche mit der Vergangenheit nur auf einige zurückliegende Jahre oder Wahlperioden ausdehnen. Es hätte in dieser Beziehung

eines besonderen Antrages gar nicht bedurft. Die Herren, welche bereits in der vorigen Session dem Abgeordnetenhause angehörten, werden sich erinnern, daß ich bei Berathung des Wahlgesetzes im vorigen Jahre dem Abg. Parisius gegenüber die Herstellung einer Statistik der Abgeordnetenwahlen zugesagt, und daß ich ferner bei der dritten Berathung mich dahin ausgesprochen habe, daß bei der durch die Wahlnovelle geschaffenen Situation unsere Aufgabe darin besteht, die Verhältnisse, wie sie sich gestaltet haben, sorgfältig zu beobachten und zu prüfen, und damit die Grundlage zu gewinnen, ob in näherer oder fernerer Zeit die Nothwendigkeit vorliegt, die bessernde Hand anzulegen, da wo es nothwendig ist. Mit dieser Erklärung steht auch nicht im geringsten im Widerspruch der Ausdruck in der Thronrede. Es heißt dort, daß das Wahlgesetz den Verschiebungen, welche durch die Steuerreform eingetreten seien oder eintreten würden, Rechnung tragen würde. Nun enthält dieses Wahlgesetz die Anträge, welche gerade von den Freunden des Abgeordneten Bachem zur Verminderung der Einwirkung der Steuerreform selbst gestellt waren und aus der Wahlgesetznovelle von 1891 in die von 1893 mit herübergenommen waren. Zweitens hat Abgeordneter Bachem den Gesichtspunkt außer Acht gelassen, wie Ersatz geschaffen werden soll für den Fortfall der Realsteuern. Dieser Ersatz ist darin gefunden worden, daß an deren Stelle treten soll die Kommunalsteuer. Eine andere Frage ist, ob den Verschiebungen in genügendem Maße Rechnung getragen ist. Ob das geschehen ist, wird der Gegenstand der eingehendsten Prüfung sein. Um die Unterlage dafür zu gewinnen, sind solche statistischen Erhebungen, wie sie der Abgeordnete Bachem verlangt, unmittelbar nachdem die Kommunal- und Abgeordnetenwahlen stattgefunden hatten, angeordnet worden. Ich hoffe, daß es nicht lange dauern wird, um die Resultate dem Abgeordnetenhause mitzutheilen. Es wird dies in den nächsten Tagen geschehen über die jetzt erst ermittelten Ergebnisse betreffs der letzten Wahlen zum Abgeordnetenhause durch die „Statistische Korrespondenz" vorbehaltlich einer späteren ausführlichen Bearbeitung. Was die Kommunalwahlen anbetrifft, so werden die Angaben vollständig mitgetheilt werden können in nächster Zeit für die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern und für die anderen Gruppen nach probeweiser Aushebung der Gemeinden, weil eine Statistik für alle Gemeinden ein sehr weit ausgreifendes und umfangreiches Werk wäre, welches nur im Falle zwingender Nothwendigkeit auszuarbeiten wäre und diese Nothwendigkeit kann ich nicht anerkennen. Ich kann bereits mittheilen, daß die vom Abg. Bachem vertretene Meinung, daß durch die Verschiebung der Steuerreform eine Abnahme der Wähler erster und zweiter Klasse eingetreten ist, absolut wie relativ im großen und ganzen richtig ist. Aber das Maß, in dem das eingetreten ist, ist ein außerordentlich verschiedenes, zunächst erheblich verschieden nach den verschiedenen kommunalen Einheiten Mit aller Reserve in Beziehung darauf, daß die weiteren Ermittelungen die Resultate etwas modifiziren und mit nochmaliger Betonung, daß es sich um probeweise Ermittelungen handelt, gebe ich als Vergleichsobjekt ein paar Zahlen. Die Anzahl der Wähler erster und zweiter Klasse ist, soweit sich das ermitteln ließ, herabgegangen in Städten über 10 000 Einwohner auf 8,40 Proz., in den ganz kleinen Städten mit industriellem Charakter auf 12,66 Proz., in allen übrigen Gruppen auf 17,05 Proz., und in den Landgemeinden auf 23,89 Proz. Das sind doch außerordentliche Verschiedenheiten, die es unendlich schwer machen, eine Formel zu finden, welche für alle diese Verhältnisse paßt. (Sehr wahr! rechts.) Aber dieses Herabgehen der Wähler erster und zweiter Abtheilung ist keineswegs eine so allgemeine Erscheinung. Beispielsweise befinden sich unter den bis jetzt genauer ermittelten Städten über 10 000 Einwohner vier, in denen das Verhältniß der Wähler erster und zweiter Klasse günstiger geworden ist, d. h. so, daß eine Vermehrung der Wähler dieser Abtheilungen eingetreten ist, und zwar im Vergleich von 1891 zu 1892 sind es 4, im Vergleich von 1892 zu 1893 aber 31 Städte. Ein ganz anderes Bild bietet sich dar, sobald man auf die Wahlen zum Abgeordnetenhause den Blick lenkt. Auch da ist eine Verminderung der Wähler der ersten und zweiten Abtheilung in den Städten in einem gewissen Maße eingetreten, aber in sehr viel geringerem Maße als bei den kommunalen Wahlen, und die Fälle häufen sich, wo in dieser Beziehung von 1892 zu 1893 eine Verbesserung eingetreten ist. Es sind nämlich in der ersten Abtheilung in den Städten im Ganzen, nicht bloß in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohner, herabgegangen: in der ersten Abtheilung die Prozentzahl von 3,29 auf 2,72, in der zweiten Abtheilung von 10,09 auf 9,64. In den Städten über 10 000 Einwohner sind in der ersten Abtheilung 2,39, in der zweiten 8,90 Proz. aller Wähler vorhanden; und wenn man das mit dem vorhergegangenen über die Prozentzahl der Wähler bei den Kommunalwahlen vergleicht, so wird man erkennen, ein wie viel besseres Verhältniß hier ist. Auf dem platten Lande ist in der ersten Abtheilung die Zahl der Wähler von 3,81 auf 4,03 Proz. gestiegen, in der zweiten Abtheilung von 11,26 auf 13,63 Proz. Zieht man den Durchschnitt für den ganzen Staat, so ergiebt sich für die Abgeordnetenwahlen und zwar in der ersten Abtheilung die minimale Verminderung von $\frac{1}{10}$ Proz., nämlich von 3,63 auf 3,52 Proz., während in der zweiten Abtheilung eine Vermehrung von 10,82 auf 12,06 eingetreten ist, folglich eine Vermehrung der Gesammtzahl der Wähler erster und zweiter Klasse von 14,44 auf 15,88 Proz., d. h um 1,15 Proz. Ich werde diese Beobachtungen fortsetzen und in dem Zeitpunkte, in dem es möglich sein wird. mit den Ergebnissen und den daraus zu ziehenden Schlüssen vor Sie treten. Sie dürfen auch nicht den Gesichtspunkt außer Acht lassen, daß ein wesentlicher Theil der Reform noch vor uns liegt. Nicht blos die Vermögenssteuer ist noch nicht in Kraft getreten, nein, wir haben ja noch die ganze kommunale Steuerreform zu erwarten, und ferner hoffen wir, daß die Aufhebung der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer von tief eingreifender Wirkung sein wird. Agitatorisch die Sache zu behandeln, das wäre doch sehr bedenklich, um so bedenklicher, als bisher wohl in den Städten eine Verminderung der Wähler der ersten und zweiten Klasse, aber nicht eine materielle Aenderung in der Zusammensetzung der kommunalen Körperschaften eingetreten ist, wenigstens soweit etwas davon in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Wir wollen die Sache in Ruhe behandeln. Das Eine kann ich sagen, es wird wohl die Nothwendigkeit vorliegen, eine Modifikation namentlich für die Kommunalwahlen eintreten zu lassen, welche ich zum mindesten für wünschenswerth, wie auch für nothwendig erachte. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) Es wird immer der Fall sein, daß selbst aus dem vollkommensten Wahlgesetz kleine Ungerechtigkeiten entstehen. Der Antrag Bachem ist nicht ganz ohne Bedenken, er beschränkt sich auf die Städte über 10 000 Einwohner und wesentlich auf die Kommunalwahlen. Die Forderung einer baldmöglichsten Vorlegung einer Wahlstatistik ist unrealisirbar. Mit dem Ziel, das das Centrum im Auge hat, mit dem allgemeinen, direkten geheimen Wahlrecht, können wir uns niemals einverstanden erklären, denn damit rüttelt man an den Grundlagen des Staats. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.): Ich verstehe nicht, weshalb die Herren diesen prinzipiellen Gegensatz in die Debatte werfen. Wir stellen uns auf verfassungsmäßigen Boden und wollen das Dreiklassenwahlsystem verbessern. Wenn wir nicht agitiren, die wir auf loyalem Boden stehen, dann werden andere agitiren, die weiter gehen als wir. Denn der Zustand läßt sich nicht aufrecht erhalten, daß z. B. in einer Stadt von 300 000 Einwohnern nur 272 Wähler in der ersten Klasse wählen.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Die statistischen Erhebungen hätten für uns keinen großen Werth. Darum wollen wir der Regierung keine unnütze Mühe mit statistischen Erhebungen machen. Wir können erst nach den nächsten Wahlen über eine etwaige Aenderung des Wahlrechts berathen. Auch uns ist das Wahlgesetz, besonders die Drittelung in Urwahlbezirke, nicht angenehm gewesen. Aber wir sind nicht dafür zu haben, wenn das Centrum das Gesetz einzig vom Parteistandpunkt ändern will. Wir würden uns eben mit den Konservativen einigen und das Centrum sitzen lassen müssen. Wir wollen nicht Diener des Centrums sein. Wir haben es nicht nöthig, bei unseren Wählern Stimmung zu machen.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.) erklärt sich bereit, den Antrag dahin zu ändern, daß die Worte „baldmöglichst für alle Städte mit über 10 000 Einwohnern" wegfallen. Es sei allseitig sehr werthvoll, daß schon jetzt die Verschiebungen durch die Steuerreform festgestellt werden. Aus den Angaben des Ministers gehe hervor, daß mit Leichtigkeit ein Miminimalprozent der Wähler in den einzelnen Klassen festgestellt werden kann. Das Centrum wolle nur, daß die Stimmung der Mehrheit der Wähler zum Ausdruck komme. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.) führt aus, daß er nach dieser Aenderung des Antrags denselben annehmen wolle, da auch er es für wünschenswerth halte, daß eine solche Statistik aufgemacht werde. Das solle jedoch keine Präjudiz sein, daß er ein Wahlgesetz im Sinne des Centrums machen helfe. Für das gleiche geheime direkte Wahlrecht seien er und seine Freunde nicht zu haben.

Abg. **Parisius** (Frs. Vp.): Aus den Ausführungen des Ministers habe ich entnommen, daß die beabsichtigte Statistik übereinstimmt mit einem Antrag von mir aus der vorigen Session. Ich möchte nun den Wunsch aussprechen, daß die Veröffentlichung dieser Statistik nicht aufgehalten werde durch den Antrag Bachem. Aenderungen und Flickwerk an dem Wahlgesetz nützen nichts. Am wünschenswerthesten ist die Einführung der geheimen Wahl bei Abgeordneten- und Kommunalwahlen.

Der Antrag Bachem wird in der modifizirten Fassung angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats der Staatsschuldenverwaltung.

Finanzminister Dr. **Miquel** bemerkt, daß in diesem Kalenderjahr keine neue Anleihe begeben werden würde, weil die Einnahmen aus Eisenbahnen sich um 36 bis 40 Millionen vermehren würden. (Hört! hört!)

Der Etat wird genehmigt.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung erklärt

Minister **Miquel**, daß der Antheil Preußens an dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuern nach den bisherigen Ergebnissen einen Mindverertrag gegen das Vorjahr von $3\frac{1}{2}$ Millionen haben werde. Danach würden sich die Ueberweisungen an die Kommunalverbände um $2\frac{1}{2}$ Millionen niedriger stellen und die Staatskasse einen Ausfall von 1 Million haben.

Der Etat der allgemeinen Finanz-Verwaltung wird genehmigt.

Es folgt die Berathung des Etats der Ansiedelungs-Kommission in Verbindung mit der Berathung der Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes.

Abg. **Motty** (Pole) bekämpft das Ansiedelungsgesetz, das weder dem preußischen Landrecht noch der Reichsverfassung entspreche. Die Devise Suum cuique sei in dem Gesetz verlassen. Das Gesetz schlage der Devise: justitia fundamentum regnorum ins Gesicht. — Redner empfiehlt deshalb die Annahme eines von den Polen eingebrachten Antrags auf Aufhebung des Gesetzes.

Abg. **v. Puttkamer-Plauth** (kons.) führt aus, daß die Polen noch immer an die Wiederherstellung des Königreichs Polen denken, wie selbst aus Aeußerungen des Organs der sogenannten Hofpartei hervorgehe. Das Ansiedelungsgesetz sei ein Akt der Nothwehr gegen das Polenthum. Freilich müßte bei Ausführung des Gesetzes mehr auf die politischen als auf die fiskalischen Interessen geachtet werden.

Abg. Dr **Porsch** (Ctr.) erklärt, daß seine Partei für den Antrag der Polen stimmen werde.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) bekämpft den Antrag.

Abg. **Parisius** (Freis. Vp.) erklärt, daß seine Freunde jetzt ebenso für die Aufhebung des Gesetzes stimmen würden, wie sie seiner Zeit gegen das Gesetz gestimmt hätten.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. Dr. **von Jazdzewski** (Pole), der gegenüber dem Abg. v. Puttkamer ausführt, die Polen müßten ihre Taktik so einrichten, daß sie davon Nutzen und die Allgemeinheit keinen Schaden hätten, und **v. Puttkamer-Plauth**, der bemerkt, ihm sei ein Pole, der sich offen zum Polenthum bekennt, lieber als einer, der im umgehängten Mantel der Staatsloyalität einherwandle, tritt Landwirthschaftsminister **v. Heyden** einer Bemerkung des Abg. v. Jazdzewski entgegen, daß die Qualität der Ansiedeler keine geringe sei. Ihm sei keine Thatsache bekannt geworden, die diese Behauptung begründe. Bezüglich der Preise der Ansiedelungen, verfahre die Ansiedelungs-Kommission sehr human. Hauptaugenmerk sei die Schaffung lebensfähiger Gemeinden.

Abg. **Szmula** (Ctr.) beklagt, daß das Verhältniß zwischen den evangelischen und katholischen Ansiedlern sehr ungleich sei. Auch hier würden die Katholiken zurückgesetzt.

Minister **v. Heyden** erwidert, daß man einig darüber geworden sei, daß man möglichst wenig gemischte Ansiedlerortschaften, sondern gesonderte katholische und evangelische Ortschaften einrichten solle. Aus diesem Verfahren würdem sich wohl die von dem Abg. Szmula angeführten Zurückweisungen erklären.

Der Etat wird genehmigt, die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt, der Antrag auf Aufhebung des Ansiedlungsgesetzes wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Kultusetat).

Schluß $4\frac{1}{4}$ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 5. März. [Der Fall Kirchhoff im Reichstage.] Der Fall Kirchhoff wird mit der heutigen Debatte im Reichstage wohl abgethan sein. Man kann sich mit diesem zweiten Tage der Besprechung der traurigen Sache im Großen und Ganzen zufrieden geben. Vor Allem hat der Kriegsminister seine allerdings unhaltbaren Aeußerungen vom Sonnabend formell wie materiell zurückgenommen, und das ist ein erfreuliches Zugeständniß an das öffentliche Urtheil, das in diesem Falle ganz gewiß nirgends mit Herrn v. Bronsart mitgegangen ist. Der Minister hat sich dagegen verwahrt, als habe er ein Recht zur Selbsthilfe in dem vom General Kirchhoff angewandten Umfange proklamiren wollen. Nicht ein juristisches Recht habe er, der Minister, für solche Fälle in Anspruch genommen, sondern nur die menschliche Seite des Vorganges habe er in das rechte Licht rücken wollen, und wenn man ihn dabei mißverstanden habe, so sei das doch nicht seine Schuld. Diese Erklärung gab Herr v. Bronsart in der zweiten seiner heutigen Reden ab, nachdem schon die erste, mit der die Debatte überhaupt begann, das Ersuchen um Entschuldigung für die begreifliche Erregung vom Sonnabend enthalten hatte. Herr v. Bronsart hat also, wie es sich bei seinem offenen und ritterlichen Wesen von selbst versteht, eine wesentliche Einschränkung seines vorgestrigen Standpunktes schon unternommen, bevor ihn noch der Fortgang der Debatte darüber unterrichten konnte, daß er mit seiner Auffassung allein stehe. In welchem Grade das der Fall war, dafür sind im Grunde sämmtliche heutigen Reden, auch die der Konservativen, ein dankenswerthes Zeugniß. Natürlich klang es, je nach der parteipolitischen Färbung, aus den Reden der Herren Lieber und von Manteuffel anders heraus als aus den Ausführungen der Abgg. Lenzmann, Bebel, Barth und von Bennigsen. Aber der Grundton war derselbe in allen diesen Reden, und er läßt sich dahin bestimmen, daß der Reichstag nicht gewillt ist, eine Durchbrechung der Rechtsordnung unseres Staatswesens durch individuelle Thaten gut zu heißen, die durchaus entschuldbar nach der rein menschlichen Seite hin, vielleicht sogar edel und großherzig sein mögen, die aber den unvertilgbaren Charakter einer Auflehnung gegen Staat und Gesetz, gegen die Gesellschaft und ihre weise abgewogene Ordnung haben. Alles, was heute über die unverantwortliche Leichtfertigkeit in der Aufnahme und Verbreitung von ehrenkränkenden Lügen gesagt worden ist, kann Wort für Wort unterschrieben werden, und es ist von allen Seiten mit derselben Schonungslosigkeit gesagt worden. Aber mit der gleichen Bestimmtheit des Urtheils waren sich die Redner durchweg darüber einig, daß die That des Generals Kirchhoff trotz ihrer Erklärlichkeit, vielleicht sogar sittlichen Nothwendigkeit, die Pflichten der Gerechtigkeitspflege, die auch dort strafen muß, wo es ihr hart ankommt, nicht suspendiren darf. Nicht über den General Kirchhoff hat der Reichstag heute abgeurtheilt, sondern über eine falsche, vom Kriegsminister vertretene Ansicht, die die klaren Grenzen zwischen menschlichen und rechtlichen Zuständen und Nothwendigkeiten in gefährlicher Weise zu verwischen drohte. Daß Herr v. Bronsart selber diese Ansicht zurücknahm, konnte für den Reichstag kein Grund sein, nicht noch ausdrücklich zu betonen, daß in diesen Fragen auch nicht ein Schatten von Ungewißheit bleiben dürfe. Der Minister mochte nebenbei gefühlt haben, wie verhängnißvoll bequem eine Nutzanwendung aus seinen neulichen Ausführungen zu Ungunsten der bestehenden Verhältnisse gezogen werden könnten. Der Abg. Lenzmann war es, der darauf verwies, daß dasselbe Recht vermeintlicher Nothwehr, das aus der Sonnabendrede des Kriegsministers, wenn auch vielleicht irrthümlich, herausgelesen werden konnte, auch von den Anarchisten beansprucht werden könnte. Darauf war denn wirklich nichts zu erwidern, weil es klar und wahr in jedem Stücke ist. Die Debatte streifte, wie vorauszusehen war, auch eine andere Frage der Selbsthilfe, die leidige Duellfrage. In die Tiefe freilich ist diese Erörterung nicht gegangen. Dem konservativen Pfarrer Schall passirte dabei das kleine Malheur, das Duell vom christlichen Standpunkt aus zu verurtheilen, sogleich jedoch mit einem „Aber" unter höhnischen Zurufen von links her zu erklären, daß man ja noch nicht im goldenen Zukunftsstaate der Sozialdemokratie lebe, also sich mit den Verhältnissen, wie sie nun einmal seien, einzurichten habe. Für einen Geistlichen ein etwas bequemer Standpunkt.

— Abg. von Uhden theilt seinen Wählern mit, daß er demnächst nach Crossen eine Versammlung berufen werde, welche über seine Abstimmung über den Handelsvertrag mit Rußland entscheiden solle. Das Verdikt der von dem Bunde der Landwirthe nach Züllichau berufenen Versammlung will also Herr von Uhden nicht anerkennen.

W. B. **Breslau,** 5. März. Wie die „Bresl. Ztg." meldet, hat der Erbprinz zu Hohenlohe-Oehringen, Vertreter des Wahlkreises Creutzburg-Rosenberg im Reichstag, gestern in Creutzburg mehreren Deputationen gegenüber die Zusicherung gegeben, daß er sein Votum für den russischen Handelsvertrag abgeben werde.

W. B. **Mannheim,** 5. März. In einer gestern in Neustadt a. d. H. abgehaltenen Versammlung erklärte sich der zweite Vice-Präsident des Reichstags, Dr. Bürklin, für den russischen Handelsvertrag. In einer großen Versammlung zu Grünstadt wurde dem Reichstagsabgeordneten Dr. Clemm-Ludwigshafen, welcher sich früher gegen den russischen Handelsvertrag erklärt hatte, die Abstimmung über denselben freigestellt.

Parlamentarische Nachrichten.

W. B. **Berlin,** 5. März. Dem Vernehmen nach werden Reichstag und Abgeordnetenhaus sich gleichzeitig am 16. d. M. vertagen und am 3. April ihre Sitzungen wieder aufnehmen.

L. C. **Berlin,** 5. März. Die Handelsvertragskommission hat heute, wie schon kurz gemeldet, nach mehrstündiger Diskussion den Art. 19 des Vertrags mit Rußland, betr. die Herstellung direkter Frachtsätze nach den deutschen Ostseehäfen Danzig, Memel, Königsberg mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. Graf Mirbach hatte beantragt, die Frachtermäßigung auf das zum Transit zur See bestimmte Getreide zu beschränken. Der Antrag wurde mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Abg. v. Hammerstein beantragte, die Regierung aufzufordern, vor Ratifikation des Vertrages eine Deklaration des Art. 19 im Sinne des Antrags Mirbach herbeizuführen. Staatssekretär v. Marschall erklärte weitere Verhandlungen für unmöglich, auch für überflüssig, weil der Art. 19 lediglich auf 10 Jahre feststelle, was bisher thatsächlich bestehe. Eine Einschränkung des Art. 19 in dem vorgeschlagenen Sinne werde lediglich den russischen Ostseehäfen zu Gute kommen. Die Befürchtung, daß das russische Getreide in Danzig und Königsberg ohne Umladung nach dem Inlande gehe, sei unbegründet. Im äußersten Falle würde eine Weiterbeförderung zu Lande nur in dem 50 kilometrigen Umkreise der Hafenstädte lohnen, aber auch das werde unmöglich, sobald — wie beabsichtigt — die Bestimmung getroffen werde, daß das mittelst der direkten Tarife nach Danzig bezw. Königsberg gelangte Getreide, falls es nach dem Inlande weitergehe, per Achse abgeladen und wieder aufgeladen werden müsse. Das bedeute eine Vertheuerung der Fracht um 10 Mark.

Schließlich wird auch der Antrag Hammerstein mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Gegen die Anträge und für den Art. 19 stimmt auch der Abg. Schulze-Henne mit der Erklärung, daß er gegen den Vertrag stimmen werde. Auf Anfrage aus der Kommission stellte Staatssekretär v. Bötticher eine endgiltige Erklärung bezüglich der Aufhebung der preußischen Staffeltarife für übermorgen in Aussicht.

W. B. **Berlin**, 5. März. In der heutigen Sitzung der Herrenhaus-Kommission für die Novelle zu der evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung und zum evangelischen Kirchenverfassungsgesetz erklärte Kultusminister Bosse, der der Vorlage gemachte Vorwurf, daß sie eine Reaktion bezwecke, sei unbegründet. Die Regierung habe dem einstimmigen Wunsche der Generalsynode nachgegeben. In der Diskussion erklärten sich die Oberbürgermeister Zelle-Berlin, Struckmann-Hildesheim und Professor Hinschius gegen die Vorlage, während v. Bethmann-Hollweg und Frhr. v. Durant sich für dieselbe aussprachen. Letzterer hob hervor, die liberale Richtung habe früher selbst größere Selbständigkeit und Freiheit der Kirche gefordert, später aber ihre Auffassung geändert. Kultusminister Bosse erklärte ferner die Befürchtung, daß durch die Vorlage ein Zerfallen der Kirche in Sekten gefördert würde, für unbegründet; die Vorlage führe im Gegentheil eine Stärkung der Landeskirche herbei.

Oesterreich-Ungarn.

WB. **Wien**, 5. März. Die österreichischen Minister sind heute früh aus Pest hierher zurückgekehrt. — Wie die „Polit. Corresp." feststellt, wurde in dem gestern in Pest abgehaltenen gemeinsamen Ministerrathe eine vollständige Einigung erzielt, auf Grund deren nunmehr die Antwort Oesterreich-Ungarns an das russische Kabinet abgehen soll; es sei volle Hoffnung auf den Abschluß des Handelsvertrages binnen kurzer Zeit vorhanden. Sollte die Zeit bis zum 20. März, an welchem Tage der deutsch-russische Handelsvertrag in Kraft tritt, aus technischen Gründen zum vollen Perfektwerden des Vertrages nicht hinreichen, so würden Mittel und Wege gefunden werden, um eine Störung der Handelsbeziehungen durch differentielle Behandlung zu verhüten. Nach Meldungen verschiedener Blätter, welche indessen der Bestätigung bedürfen, würden im letzteren Falle die Regierungen die Ermächtigung der Parlamente einholen behufs provisorischer Regelung der handelspolitischen Verhältnisse zu Rußland auf der Basis der Meistbegünstigung bis zum Jahresschlusse.

W. B. **Pest**, 5. März. [Abgeordnetenhaus.] In Beantwortung einer Rede des Abg. Beöthy (Nationalpartei), welcher die gestrige Kundgebung zu Gunsten der Zivilehe ein Werk der Regierung nannte, erklärte Justizminister v. Szilagyi unter stürmischem Beifalle, an eine so imposante, würdige, aus der Ueberzeugung der Gesellschaft hervorgegangene Kundgebung reiche keine Verdächtigung heran, eine solche Manifestation könne die Regierung nie inspiriren.

Frankreich.

W.B. **Paris**, 5. März. [Deputirtenkammer.] Turrel interpellirt über die Krise in der Landwirthschaft und sagt, die Weinbauern könnten ihren Wein nicht mehr verkaufen. Die Weinausfuhr nach Schweden, Deutschland, Oesterreich, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei zurückgegangen. Im Gegensatze zu anderen Regierungen thue die französische Regierung nichts, um die Ausfuhr heimathlicher Weine zu fördern. Brousse fordert eine energische Unterdrückung der Fälschung und Mischung von Weinen, sowie der Herstellung von Kunstweinen. Jmuel bemängelt die Sätze des Zolltarifs, welche die Fabrikation von industriellem Alkohol begünstigen, der zur Herstellung von Kunstweinen verwendet werde. Morgen Fortsetzung.

In Folge des Unwohlseins des Finanzministers Burdeau wird das Budget vor Beginn der Osterferien nicht an die Kammer gelangen.

W.B. **Paris**, 5. März. Heute Vormittag wurden hier neun Anarchisten verhaftet, unter denselben befindet sich François, genannt Francis.

Großbritannien und Irland.

W.B. **London**, 5. März. Die Presse giebt einmüthig ihrer Befriedigung über die Ernennung Roseberys zum Premierminister Ausdruck. Die „Times" meint, vom Standpunkte der nationalen Fragen sei Rosebery der geeignetste Nachfolger Gladstones; wer auch immer Minister des Auswärtigen sei, die auswärtige Politik werde keine Aenderung erfahren; wahrscheinlich werde der Unschlüssigkeit betreffs Vermehrung der Flotte ein Ende gemacht werden, aber die allgemeine Politik der Regierung würde im übrigen beibehalten werden. Der „Daily News" zufolge stimmt die Ernennung Roseberys zum Premierminister mit dem allgemeinen Wunsche der liberalen Partei überein. Das Blatt billigt ferner die Ernennung Kimberleys zum Minister des Auswärtigen und glaubt, Rosebery werde ein Programm der Entschiedenheit und des Fortschritts befolgen. Der „Standard" erklärt, Jedermann werde es bedauern, daß Rosebery von dem Posten des Ministers des Auswärtigen scheide, Kimberley habe nicht die für diese Stellung nothwendigen Eigenschaften, doch sei er noch mehr als irgend einer seiner Kollegen hierfür geeignet. „Financial News" hält die Ernennung Morleys zum Staatssekretär für Indien für unheilvoll.

W. B. **London**, 5. März. Wie das „Reutersche Bureau" meldet, stößt die Umgestaltung des Kabinets plötzlich auf Schwierigkeiten, weil Majortbanks, der im Kabinet einen Posten erhalten sollte, durch den unerwartet eingetretenen Tod seines Vaters, des Lords Tweedmouth, Peer geworden ist. Da es nothwendig ist, daß jedes ministerielle Departement sowohl im Oberhause als im Unterhause vertreten ist, so erheischt die ursprünglich in Aussicht genommene Vertheilung der Ministerposten eine Abänderung.

Militärisches.

W. B. **Köln**, 5. März. Wie die „Köln. Ztg." aus Trier meldet, ist der Kommandeur der 16. Kavallerie-Brigade Oberst v. Voigt auf dem Euerner Exercierplatz mit dem Pferde gestürzt und hat sich dabei schwere Verletzungen zugezogen.

Vermischtes.

* **Aus der Reichshauptstadt**, 5. März. Einem entsetzlichen Unglücksfalle auf der Stadtbahn sind heute früh, wie schon gemeldet, sechs Personen zum Opfer gefallen. Fünf Männer wurden sofort getödtet, ein sechster lebensgefährlich verwundet.

Am Savigny-Platze, zwischen den Haltestellen Charlottenburg und Zoologischer Garten, befinden sich 4 Geleise, und zwar eines für die Fern- und Vorortzüge der Richtung Charlottenburg-Zoologischer Garten, ein zweites für dieselbe Art von Zügen der entgegengesetzten Richtung, ein drittes für Stadtbahnzüge von Charlottenburg, und ein viertes für solche nach Charlottenburg. Heute Morgen um 7½ Uhr hatte eine Kolonie von acht Arbeitern auf dem zweiten Geleise zu thun. Sieben von ihnen unterstopften Schienen und Schwellen, der achte war mit einem Horn ausgerüstet, um bei Heranbrausen der Züge Warnungszeichen ertönen zu lassen. Um 7 Uhr 6 Minuten fuhr nun auf dem ersten Geleise der Vorortzug nach Erkner von Charlottenburg ab. Als er den Savignyplatz überfuhr, ließ der Maschinenführer Dampf ab. Dieser sowohl wie der Rauch aus dem Schornstein senkten sich zur Erde, sodaß die acht Arbeiter völlig in eine Dampfwolke gehüllt waren und der Aufseher das Heranfahren anderer Züge nicht wahrnehmen konnte. Nun waren 6 Arbeiter dem ausströmenden heißen Dampf dadurch ausgewichen, daß sie auf das dritte (Stadtbahn-) Geleise übergetreten waren. Der Hornist war aber in der Rauchwolke geblieben und konnte den von Charlottenburg nach Stralau-Rummelsburg sich bewegenden Zug nicht bemerken. Als dieser an ihm vorbeisauste, hörte er ein Knistern und Knattern, als wenn die Räder über dürre Baumzweige hinweggingen. In diesem Augenblick kreuzte ein dritter Zug nach Westend die Stelle. Als sich der auf der Strecke lagernde Rauch verzogen hatte, zeigte sich ein schreckliches Bild. Im dritten Geleise lagen fünf fürchterlich verstümmelte Leichen. Dem einen war der Kopf abgetrennt, einem anderen Arm und Beine abgefahren, mehrere waren völlig zermalmt. Zwischen dem zweiten und dritten Geleise lag der 31 Jahre alte Arbeiter Richard Kappel aus der Thurmstraße 12 zu Berlin, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab und vom sofort unterrichteten vierten Charlottenburger Polizei-Reviere nach dem dortigen Krankenhause gebracht wurde. Todt sind der 68 Jahre alte Arbeiter Eduard Schulz, Ackerstraße 132; der 25jährige Reinhold Gohlke aus Charlottenburg, Nettelbeckstr. 24; der 34jährige Arbeiter Otto Schmidt, Krummestraße 26 zu Charlottenburg; der 46 Jahre alte Arbeiter v. Koczorowski aus der Birkenstr. 70 und der 21jährige Arbeiter Franz Brossart, Lehrterstr. 14/15. Die zerstreut umherliegenden Körpertheile wurden zusammengetragen und theils mit Decken, theils mit Kies überdeckt, um dadurch den vorüberfahrenden Reisenden den schauervollen Anblick einigermaßen zu entziehen. Während diese traurige Arbeit verrichtet wurde, sprang plötzlich die Ehefrau des getödteten Arbeiters Otto Schmidt, zu der die Schauerkunde gedrungen war, auf den Bahnkörper und konnte nur mit Gewalt entfernt werden. Da der Leichenwagen zur Fortschaffung der Körpertheile nicht ausreichte, so wurde ein großer Möbelwagen zur Stelle geschafft. Auf diesem standen 5 Särge, in die die Opfer der Katastrophe gebettet wurden. Etwa um 9 Uhr setzte sich der Zug nach dem Friedhofe in Westend in Bewegung, wo die Särge in der Leichenhalle vorläufig Aufstellung fanden. — Die beiden Lokomotivführer scheint keine Schuld zu treffen. Der eine hat zweifellos in den Zylindern zu viel Wasser gehabt und mußte daher durch den Dampf die Wassertheile entfernen. Der andere hat aber die Arbeiter auf dem Geleise gar nicht bemerken können, da die Fernsicht durch den Dampf völlig verschleiert war. Eine genaue Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Lokales.

Posen, 6. März.

p. **Ueberfahren.** An der Ecke der Wilhelm- und Friedrichstraße wurde gestern der dreizehnjährige Knabe Wilczynski von einem zweispännigen Fuhrwerk aus Splawie erfaßt und so unglücklich zu Boden gerissen, daß die Räder über den rechten Unterschenkel des Knaben hinweggingen. Schwer verletzt mußte der Ueberfahrene nach der elterlichen Wohnung transportirt werden, wo ein hinzugeholter Arzt den Bruch des Schenkels konstatirte. Den Kutscher trifft insofern eine Schuld, als er zu schnell um die Straßenecke fuhr. — In der Gr. Gerberstraße wollte gestern ein 7jähriges Mädchen, trotzdem ein Fuhrwerk in schneller Gangart daher kam, den Straßendamm passiren. Unglücklicherweise stolperte die Kleine und wurde von dem Fuhrwerk überfahren. Sie schien jedoch mit geringen Verletzungen davongekommen zu sein.

p. **Verschüttet.** Bei einem Brunnenbau in Naramowice wurde gestern der hier in der Gr. Gerberstraße Nr. 30/31 wohnende Arbeiter Dudziak verschüttet. Leider konnte ihm nicht schnell genug Hilfe gebracht werden, sodaß er bereits todt war, als man den Brunnen wieder freigelegt hatte. Der Verunglückte war unverheirathet.

* **Neuer Verbands-Gütertarif.** Am 1. Februar 1894 tritt im Ostdeutsch-Ungarischen Eisenbahnverbande ein neuer Verbands-Gütertarif, Th. II, Heft 1 nebst einem Anhang, in Kraft. Der Tarif enthält Tariftabellen für den Klassengut-Verkehr, sowie Ausnahmetarife für Weintrauben und frisches Obst, Melonen, getrocknetes Obst und Pflaumenmus, Wein, Schlempen und Malztreber, Eisen und Stahl ꝛc. Durch diesen Tarif wird der Ostdeutsch-Ungarische Verbands Gütertarif Theil II Heft 1 vom 1. April 1887 nebst Nachträgen 1—11 aufgehoben. Der neue Tarif kann im Bureau der hiesigen Handelskammer in den Stunden von 4—6 Uhr Nachmittags eingesehen werden.

p. **Aus Jersitz**, 6. März. Der hiesige Gastwirth Herr Max Palacz hat, wie wir hören, sein 14 Morgen großes Stück Land zwischen der Thiergarten- und Gr. Berlinerstraße an den Restaurateur Herrn Misch in Posen für 72 000 M. verkauft. Dem Vernehmen nach will derselbe dort ein Sommertheater mit einem großen Vergnügungsgarten errichten.

Aus der Provinz Posen.

⊙ **Aus dem Kreise Lissa**, 5. März. [Bund der Landwirthe.] Der Bund der Landwirthe zählte in dem Orte Feuerstein 20 Mitglieder; dieselben werden sämmtlich aus dem Bunde austreten.

± **Lissa i. P.**, 5. März. [Posenscher Städtetag.] Der diesjährige Posener Städtetag soll in unserer Stadt abgehalten werden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer letzten Sitzung für Abhaltung desselben hierselbst ausgesprochen und den Magistrat ersucht, die damit verbundenen Vorbereitungen bald aufzunehmen.

Schneidemühl, 5. März. [Gefährdung eines Eisenbahnzuges. Unterstützung.] Der gestern von Posen gekommene Abendzug wurde auf der Strecke zwischen Kolmar i. P. und Schneidemühl durch Auflegen eines großen Steines auf das Geleise arg gefährdet. Zum Glück ist das Hinderniß durch den vorn an der Lokomotive angebrachten Räumer beseitigt worden. Auch wurde der Zug mit Steinen beworfen, wodurch mehrere Fensterscheiben in den Coupés zertrümmert wurden. Die Thäter sind leider bis jetzt nicht ermittelt worden. — Die Haus- und Grundbesitzervereine zu Berlin haben zum Besten der durch das Brunnenunglück geschädigten Bürger ein Bundesfest veranstaltet, wodurch eine Einnahme von 940 Mk. erzielt worden ist.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 5. März. Der Großherzog hütet wegen eines Bronchialkatarrhs seit Sonnabend das Bett.

Bückeburg, 5. März. Prinzessin Ida zu Schaumburg-Lippe ist heute im nahezu vollendeten 70. Jahre an den Folgen eines Influenzaanfalls verstorben.

Wien, 5. März. Da die Besserung in dem Befinden der Erzherzogin Maria Immaculata anhält, ist die Ausgabe von Bulletins eingestellt worden.

Graz, 5. März. Laut eines Erlasses des Kultusministeriums wird die hiesige technische Hochschule mit Beginn des Sommersemesters wieder eröffnet werden.

Prag, 5. März. Don Carlos, Herzog von Madrid hat sich mit Prinzessin Bertha Rohan, der Schwester des Fürsten Alain Rohan, verlobt.

Rom, 5. März. Die Deputirtenkammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 195 gegen 40 Stimmen das am 15. November v. J. in Paris unterzeichnete Projekt eines Uebereinkommens der der lateinischen Münzunion angehörigen Staaten betreffs der italienischen Scheidemünzen. Finanzminister Sonnino erklärte, er habe, obgleich er von der lateinischen Münzunion wenig begeistert sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die Absicht dieselbe zu kündigen oder deren Auflösung herbeizuführen.

Rom, 5. März. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Rio de Janeiro ist der dortige italienische Konsul gestern am gelben Fieber gestorben. Gestern sind dort 200 Personen an der Seuche erkrankt.

Petersburg, 5. März. Selbst in Moskau macht sich ein bedeutender Umschwung gegenüber dem deutsch-russischen Handelsvertrage geltend. Vor einigen Tagen haben 25 Moskauer Häuser an den Finanzminister eine Adresse gesandt, in welcher sie ihre Genugthuung über den Vertrag ausdrücken.

London, 4. März. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Bathurst:

Eine Abtheilung des westindischen Regiments unter Führung des Obersten Madden besetzte Busumballa nach leichtem Kampfe. Der Feind kehrte jedoch später zurück und griff die englischen Vorposten an. Es erfolgte ein heftiger Kampf, bei welchem neun englische Soldaten verwundet wurden. Die Verluste des Feindes sind nicht bekannt, da derselbe seine Todten und Verwundeten alsbald fortgeschafft hatte. Oberst Madden befestigte Busumballa. Verstärkungen sind sofort abgesandt. Der Verkehr mit Busumballa ist schwierig, da die Bewohner des umliegenden Gebietes feindlich gesinnt sind.

Kairo, 4. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Oberst Wingate ist an Stelle Zohrab-Paschas zum Kontroleur der Truppen-Rekrutirung ernannt. Wingate behält jedoch seinen Posten als Chef des Nachrichtendienstes der ägyptischen Armee.

Montevideo, 5. März. Nach Nachrichten aus Rio dringen Aufständische siegreich durch den Staat Sao Paulo vor. Vicepräsident Peixoto hat dieser Tage über ganz Brasilien das Standrecht verhängt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 6. März, Morgens.

Wie die Morgenblätter melden, ist die Abreise der Kaiserin Auguste Victoria mit den Prinzen und der Prinzessin auf den 12. d. festgesetzt. Die Reise geht mit Sonderzug über Breslau nach Wien, von dort mit Separatzug der Südbahn nach Abbazia, wo die Kaiserin am 13. März Nachmittags 2 Uhr eintrifft.

Nach dem „Vorwärts" hat der sozialdemokratische Parteivorstand einen Aufruf erlassen zur Feier des 1. Mai als Arbeiterweltfeiertag.

Die „Voss. Ztg." meldet, daß der Oberst-Lieutenant a. D. Kühne, früherer Direktor in der Löweschen Gewehrfabrik, bekannt aus dem Judenflintenprozeß, nach schwerem Leiden gestorben ist.

Die Morgenblätter melden: Im Centralhotel verunglückten durch Platzen eines Dampfrohrs der Maschinenanlage drei Arbeiter, von denen zwei lebensgefährlich verletzt wurden.

Die „Voss. Ztg." meldet aus Fiume vom 6. März: Das deutsche Kriegsschiff „Moltke" ist gestern in den Hafen von Abbazia eingelaufen.

Rom, 6. März. Der „Tribuna" zufolge trat heute die Finanzkommission zusammen und wählte Vachelli zum Präsidenten. Die Mehrheit der Kommission wolle höchstens soviel Steuern bewilligen, als zur Deckung des Defizits ihrer Eisenbahnbauten nöthig sei. Finanzminister Sonnino würde jeden Steuervorschlag, der irgend annehmbar sei, acceptiren, sei aber auch fest entschlossen, jede Verringerung der veranschlagten Summe abzulehnen.

Turin, 6. März. Kossuth fühlte sich gestern Abend bedeutend besser.

London, 6. März. Lord Rosebery übernimmt neben der Premierschaft auch den Posten des ersten Lords des Schatzamtes und den des Lordpräsidenten des geheimen Rathes. Das Portefeuille für Indien ist Morley angeboten worden, welcher es ablehnte; darauf wurde dasselbe Fowler angeboten.

London, 6. März. Die Versammlung der Liberalen und Radikalen faßte eine den Rücktritt Gladstones bedauernde Resolution, und sprach das Vertrauen aus, Rosebery werde Alles thun, das Programm in New-Castle auszuführen und den Kampf gegen das Oberhaus aufzunehmen.

London, 6. März. Der „Pall Mall Gazette" zufolge soll Gladstone in der nächsten Zeit durch einen deutschen Augenarzt operirt werden.

Washington, 5. März. Nach Meldungen der Regierung ist der Friede in Honduras wiederhergestellt.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	5. März	Morgens	1,98	Meter
„ „	5. „	Mittags	2,04	„
„ „	6. „	Morgens	2,14	„

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Gr.
5. Nachm. 2	752,8	NW frisch	bedeckt	+ 5,1
5. Abends 9	753,3	SW mäßig	bedeckt [1])	+ 3,0
6. Morgs. 7	752,7	SW mäßig	bedeckt [2])	− 0,0

[1]) Nachmittags Graupeln, Schnee und schwacher Regen.
[2]) Nachts schwacher Regen.

Niederschlagshöhe in mm am 6. März Morgens 7 Uhr: 2,0
Am 5. März Wärme-Maximum + 6,5° Cels.
Am 5. " Wärme-Minimum + 2,7°

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 5. März. **[Zur Börse.]** Die Stimmung der Börse hielt sich auch heute auf der Höhe, wo sie am Schlusse der Vorwoche angelangt war. Es traten sogar hier und da Kurserhöhungen ein, jedoch entsprach der Umfang der Umsätze nicht in allen Papieren dem in den letzten Tagen der vorigen Woche. Die Momente, die heute für die Festigkeit wirkten, bildeten noch vor wenigen Tagen Motive für die entgegengesetzte Richtung. Wir meinen die Schwankungen der italienischen Rente und der Mexikaner. Für die italienischen Werthe wird heute angeführt, es sei noch nicht die Annahme der Erhöhung der Mobiliensteuer auf 20 Prozent sicher. Ferner ermuthigte die Anwesenheit eines Direktors der Handelsgesellschaft in Rom, die mit der Bankgründung in Zusammenhang gebracht wird. Davon profitirten namentlich Banken, darunter in erster Reihe Handelsgesellschaft. Zu Gunsten der Mexikaner wurde auf die prompte Einsendung der Couponrate hingewiesen, ferner auf die Ernennung Roseberys zum Premierminister, dem man eine Zuneigung für eine Regulirung der Silberfrage nachsagt. Das darf man wohl nicht mit Unrecht glauben, daß Rosebery dieser Angelegenheit doch wenigstens seine Aufmerksamkeit zuwenden dürfte, während Gladstone sie wenig oder garnicht beachtete. Die Thätigkeit der Spekulation erstreckte sich besonders auf Banken und Bahnen und die vorerwähnten Rentenwerthe sowie auch auf Rumänen und Portugiesen, die wesentlich höher waren, während die österreichisch-ungarischen Anleihen ihren Sonnabendkurs bei nur bescheidenen Umsätzen behaupten konnten. Der Privatdiskont hielt sich auf dem Stand von Sonnabend. In der Nachfrage für Diskonten ist eine Zurückhaltung bemerkbar, die auf die angekündigten Emissionen und zugleich auf die starke Entwickelung des Effektenverkehrs geschoben wird. — Auf dem Montan-Aktienmarkt machte sich zum Beginn der Börse ein stärkeres Angebot in Kohlenwerthen bemerklich, das man mit dem die Spekulation nicht befriedigenden Januarausweise der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft in Verbindung brachte. Auch wollte man wissen, daß in der heute stattfindenden Monatsversammlung des Kohlensyndikats eine größere Produktionseinschränkung beschlossen werden würde. Die Kohlenwerthe gaben in Folge dessen 1—1½ Proz. nach. Dagegen blieb die Stimmung für Eisenwerthe eine sehr feste. Das Geschäft darin war zwar nicht von großer Bedeutung, aber bei dem Mangel an Abgebern bringen schon kleine Kaufordres eine Kurssteigerung hervor, zumal da noch immer ein Decouvert in diesen Werthen besteht. (N. Z.)

Hamburg, 5. März. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 301,75, Lombarden 217,00, Diskonto-Kommandit 193,25, Russische Noten 220,50, Nordd. Bank —,—, Italiener 73,50, Deutsche Bank —,—, Laurahütte —,—, Berliner Handelsgesellschaft —,—, Packetfahrt —,—. Still.

Bremen, 5. März (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Still. Loko 4,85 Br.

Baumwolle. Ruhiger. Upland middl. loko 39¼ Pf.
Schmalz. Ruhig. Wilcox 39½ Pfg., Armour shield 39 Pf., Cudahy 40 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 34 Pf.
Speck. Fester. Short clear middling loco 35½.
Tabak. Umsatz: 62 Faß Kentucky.

Hamburg, 5. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 12,82½, per März 12,80, per Mai 13,00, per Sept. 12,32½. Ruhig.

Hamburg, 5. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average per März 82, per Mai 80¼, per Septbr. 77, per Dezbr. 73. Behauptet.

Paris, 5. März (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 35,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per per März 37,50, per April 37,62½, per Mai-August 37,75, p. Oktob.-Januar 35,12½.

Paris, 5. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, p. März 20,20, per April 20,40, per Mai-Juni 20,60, per Mai-August 20,90. — Roggen ruhig, per März 14,50, per Mai-August 14,50. — Mehl behauptet, p. März 42,40, per April 42,80, p. Mai-Juni 43,60, per Mai-August 44,00. — Rüböl behauptet, per März 59,25, per April 59,25, per Mai-August 55,00, per Septbr.-Dezember 52,50. — Spiritus behauptet, per März 36,75, per April 37,00, p. Mai-August 37,50, per Septbr.-Dezbr. 37,50. — Wetter: Schön.

Havre, 5. März (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Hausse.
Rio 7000 Sack, Santos 5000 Sack Rezettes für Sonnabend.

Havre, 5. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.). Kaffee, good average Santos, p. März 101,75, per Mai 99,75, p. Sept. 95,25. Behauptet.

Antwerpen, 5. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per April 12¼ Br., per Mai 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12½ Br. Fest.

Antwerpen, 5. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste flau.

Amsterdam, 5. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 143, per Mai 146. — Roggen loko geschäftslos, auf Termine etwas höher, per März 104, per Mai 106, per Juli 107, per Oktob. 111. — Rüböl loko 23½, per Mai 22⅛, per Herbst 22⅝.

Amsterdam, 5. März. Bancazinn 43.

Amsterdam. 5. März. Java-Kaffee good ordinary 52.

London, 5. März. Chili-Kupfer 40⅝, p. 3 Monat 40⅞.

London, 5. März. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: schön.

London, 5. März. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche v. 24. Febr. bis 2. März.: Englischer Weizen 2343, fremder 44 327, englische Gerste 1267, fremde 41 085, englische Malzgerste 19 274, fremde —, englischer Hafer 1208, fremder 27 920 Qrts. englisches Mehl 13 985, fremdes 35 548 Sack und 400 Faß.

Glasgow, 5. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 11½ d.

Glasgow, 5. März. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 6720 Tons gegen 4954 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 5. März., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Weichend.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 1/64 Käuferpreis, April-Mai 4 3/64 Verkäuferpreis, Mai-Juni 4 1/16 Käuferpreis, Juni-Juli 4 3/32 do., Juli-August 4⅛ Verkäuferpreis, August-Sept. 4 9/64 Käuferpreis, September-Oktober 4 9/64 do., Oktober-November 4 9/64 d. do.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 6. März. **Wetter:** Regnerisch.

Hamburg, 5. März. Salpeter loko 9,00, März 9,00, April 8,80. Fest.

Newyork, 5. März. Weizen per März 61⅝ C., per Mai 63⅝ C.

Berliner Produktenmarkt vom 5. März.

Wind: WNW., früh + 3 Gr. Reaum., 757 Mm. — Wetter: Vormittags regnerisch, jetzt aufklarend.

Von der günstigeren Disposition unseres Marktes für Roggen, wie sie derselbe an den beiden letzten Börsentagen zeigte, ist schon heute nichts mehr zu bemerken gewesen; Unterstützung von auswärts fehlt; dagegen ist das stärker gewordene Angebot von Bahnwaare, das nur schwierig Unterkommen gefunden hat, eher geeignet, die Hausseideen wieder zurückzudrängen, und wenn auch neuerdings einige Deckungsordres eingegangen waren, so haben diese doch keinen Einfluß auf die Tendenz gewinnen können; dieselbe war vielmehr entschieden matter bei ¼—½ M. niedrigeren Preisen. Weizen blieb bei trägem Verkehr fast ohne Umsatz; während Hafer zwar etwas abgeschwächt einsetzte, schließlich aber Sonnabendspreisstand voll wieder erreicht hat.

Roggenmehl hat sich im Ganzen nicht viel verändert; der laufende Monat notirt eher eine Kleinigkeit besser; spätere Lieferung hat sich dagegen nicht ganz behauptet. Gek. 600 Sack.

Rüböl zeigte eine geringe Besserung, während Spiritus bei unbelebtem Verkehr eher eine Kleinigkeit im Preise eingebüßt hat.

Weizen loco 134—145 Mark nach Qualität gefordert Mai 143—143,50—143,25 M. bez., Juni 144—144,25 M. bez., Juli 145 bis 145,25 Mk. bez., Sept. 147—147,25 M. bez.

Roggen loco 119—123 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 120—121 M. ab Bahn bez., April 123,75—124—123,75 Mk. bez.., Mai 125,25—125,50—125 M. bez., Juni 126—126,25 bis 125,75 M. bez., Juli 126,75—126,50 M. bez., Septbr. 129,75 bis 129,50 M. bez.

Mais loko 107—118 M. nach Qualität gefordert, März 107 Mk. nom., Mai 104,25 M. bez., Juni 104,50 M. bez., Juli 104,50 M. nom., Aug. 105 M. bez., Sept. 105,25—105 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 134—177 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel und guter ost- und westpreußischer 140—157 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 140—157 M., do. schlesischer 140—157 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 160—172 M. ab Bahn bez., April 134,50—134,75 M. bez., Mai 133,25—133,50 M. bez., Juni 132,75—133 M. bez., Juli 133 M. bezahlt.

Erbsen Kochwaare 160—190 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 138—152 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 210—225 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,25—17,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,25—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 15,75 bis 15 M. bez., März 15,65—15,70 M. bez., Mai 15,90 M. bez., Juli 16,20 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 44 M. bez., April-Mai 44,4—44,5 M. bez., Oktober 45,2 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 50,8 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 31,1 Mk. bez., März 35,6—35,3—35,4 Mk. bez., April 36—35,8—36 Mk. bez., Mai 36,3—36,1—36,2 Mk. bez., Juni 36,7 bis 36,5—36,6 M. bez., Juli 37,1—36,9—37 M. bez., August 37,5 bis 37,3—37,4 M. bez., Septbr. 37,8—37,6—37,7 M. bez.

Kartoffelmehl März 14,75 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, März 14,75 M. bez.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 15,65 Mk. per 1000 Kilo. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W = 12 M Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto		Wechsel v. 5. März.	
Amsterdam..	5	8 T.	169,35 bz
London	3	8 T.	20,44⁵bz
Paris..........	2½	8 T.	81,25 bz B.
Wien	5	8 T.	164,00 bz
Petersburg..	5½	3 W.	218,00 bz
Warschau	5	8 T.	218,35 bz
In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1¾ bz			

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück.......	16,20 bz
Gold-Dollars	418⁵ G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,44 G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,30 bz
Oestr. Noten 100 fl...	164,00 bz
Russ. Noten 100 R.....	220,35 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,80 bzG.
do. do.	3½	101,70 B.
do. do.	3	87,40 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,80 bzG.
do. do.	3½	101,75 B.
do. do.	3	87,40 G.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,50 G.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl	3½	98,90 bz
do. do. neue	3½	99,10 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine ..	3½	97,50 B.
Pfandbriefe: Berliner....	5	115,50 bz
do.	4½	108,30 G.
do.	4	105,10 G.
do.	3½	99,70 B.
Ctrl. Ldsch	4	103,10 G.
do. do.	3½	98,80 bz G.
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,20 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	97,20 G.
Pommer ..	3½	99,00 bzG.
do.	4	102,70 G.
Posensch.	4	102,90 bz
do.	3½	98,50 G.
Schls. altl.	3½	99,10 G.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	99,10 G.
do.	4	102,70 bz
do. neu do.	3½	99,10 G.
do. do. C.	4	102,70 bz
Wstp Rittr	3½	97,70 bzG.
do. neu I.II.	3½	97,70 bzG.
Renten: Pommer...	4	103,80 bz
Posensch.	4	103,70 bz
Preuss.	4	103,70 bz
Schles.......	4	103,50 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	107,40 G.
Brem. A. 1892	3½	98,00 G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	99,30 bzG.
do. do. 1886	3	87,00 bz
do. amort. Anl.	3½	98,50 B.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	87,00 B.
Prss. Präm-Anl	3½	120,60 G.
H.Pr.-Sch. 40T	—	
Bd. Präm.-Anl.	4	136,10 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,90 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	104,00 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,90 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	129,00 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	127,50 bz B.
Mein. 7 Guld-L.	—	26,30 bz
Oldenb. Loose	3	126,40 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl...	5	45,50 bz
do. 1888	4½	40,60 bz
Bukar. Stadt-A.	5	95,50 bz G.
Buen. Air. Obl.	5	32,30 bzG.
Chines. Anl.....	5½	104,00 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	97,40 bzG.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.....	—	57,60 G.
Griech. Gold-A	5	29,70 G.
do. cons. Gold	4	23,75 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente..	5	74,40 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,30 bz
Lissab. St. A. I. II	4	54,00 bz G.
Mexikan. Anl...	6	57,75 bz
Mosk. Stadt-A.	5	69,20 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98,30 bzG.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	95,00 G.
do. do.	4 1/5	95,00 G.
do. Silb.-Rent.	4 1/5	94,80 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	146,60 bz
do. Kr 100 (58)	—	
do. 1860er L.	5	147,50 G.
do. 1864er L.	—	330,00 B.
Poln. Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	66,90 G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,80 G.
Port. A 88—89	—	31,00 bzG.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,50 bz
Röm. Stadt-A.	4	80,00 G.
do. II. III. VI.	4	70,79 G
Rum. Staats-A.	4	84,50 bz G.
do. Rente 90	4	85,70 bz G.
do. do. fund.	5	102,20 bz
do. do. amort.	5	97,00 bz G.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	6	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,10 bz B.
III. Orient 1879	5	69,00 bz B.
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O..	4	
Pr.-Anl. 1864..	5	165,80 bz
do. 1866..	5	154,60 bz
Bodkr.-Pfdbr...	5	109,30 G.
do. neue..	4½	104,30 G.
Schwedische ..	3½	
Schw. d. 1890	3½	97,10 B.
do. 1883	4	

Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,50 bzG.
Serb. Gld-Pfdb.	5	72,60 G.
do. Rente......	5	64,50 bz
do. neue 85	5	64,50 bz
Stockh. Pf. 85..	4½	103,00 bzG.
do. St.-Anl. 86	4	100,50 B.
Span. Schuld..	4	64,00 bz G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	25,55 bzG.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	105,75 bz
do. EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	97,00 bzG.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	102,10 bzG.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose........	—	258,50 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,60 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr..	—	62,30 G.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	1¼	72,75 bz G.
Crefld-Uerdng	—	90,40 bz G.
Dortm.-Ensch.	—	122,80 bz G.
Eutin. Lübeck..	—	
Frnkf.-Güterb.	—	71,00 bz G.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	227,40 bz
Lübeck-Büch...	—	145,90 bz
Mainz-Ludwsh	—	117,50 bz
Marnb.-Mlawk.	—	91,25 bzG.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,25 bzG.
Ostpr. Südb.....	—	95,00 bzG.
Saalbahn	—	28,40 bz B.
Stargrd-Posen	4½	101,75 bz
Weimar-Gera..	—	16,60 bzG.
Werrabahn......	—	59,30 bzG.
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	304,60 bzG.
Böhm. Nordb...	—	155,50 bzG.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	65,75 bz G.
Dux-Bodenb....	—	109,00 B.
Galiz. Karl-L....	5	104,60 G.
Graz-Köflsch...	—	
Kaschau-Od....	4	90,50 G.
Kronpr. Rud....	4¾	
Lemberg-Cz....	7	135,00 B.
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	—	102,40 bz
do. Nordw.	4½	
do. Lit. B. Elb.	—	123,00 bz
Raab-Oedenb.	—	31,60 bz
Reichenb.-P....	—	
Südöstr. (Lb.)..	—	49,90 bz
Tamin-Land....	0	1,30 B.
Ungar.-Galiz....	5	
Balt. Eisenb.	3	68,10 bzG.
Donetzbahn	5	116,75 G.
Ivang. Domb...	5	110,00 B.
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest....	—	72,50 bz
Russ. Staatsb...	6,56	148,30 bz
do. Südwest..	5,45	76,30 bz

Wrsch.-Teres.	5	112,50 bz G.
Wrsch.-Wien..	—	
Weichselbahn	5	72,75 bz
Amst.-Rotterd	—	101,00 bz
Gotthardbahn	—	161,70 bz
Ital. Mittelm.....	5	78,70 bz
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	105,40 bz
Lüttich-Lmb...	—	35,25 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	70,25 bzG.
Schweiz. Centr	—	122,50 bzG.
do. Nordost	—	113,60 bzG.
do. Unionb..	—	81,10 bz
do. Westb...		
Westsicilian ...	3⅗	47,00 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4⅘	112,30 bzG.
Bresl.-Warsch	—	66,00 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,30 G.
Dux-BodnbAB	—	109,00 B.
Paul.-Neu-Rup	5½	113,60 bz
Prignitz	4½	108,25 bz
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron...	4½	121,50 bzG.
Marienb Mlawk	—	118,60 bzG.
Mecklb. Südb..	—	56,00 G.
Ostpr. Südb.....	—	114,60 bz
Saalbahn	—	99,50 bzG.
Weimar-Gera	—	90,60 bzG.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn..	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn......	4	102,40 B.
Oberschl.	3½	99,50 G.
do. (StargPos)	4	101,50 G.
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	103,10 G.
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	100,90 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,25 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	99,50 G.
KronpRudolfb.	4	93,80 G.
do. Salzkammg	4	101,80 bzG.
LmbCzern. stfr	4	92,50 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	86,20 bzG.
do. Staats-I. II.	5	109,10 G.
do. Gold-Prio.	4	102,10 B.
do. Lokalbahn	4	100,75 G.
do. Nordwestb.	5	105,60 G.
do. NdwB. G-Pr	5	108,50 bz
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	70,25 bz
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	61,30 bz B.
do. Obligation.	5	103,00 bz B.
do. Gold-Prior.	4	98,60 B.

Baltische gar.....	5	101,50 G.
Brest-Grajewo....	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	83,80 bzG.
Ivang.-Dombr. g.	4½	104,50 bz
Kozlow-Wor. g.	4	96,90 G.
do. 1889	4	
do. Chark. As. (O)	4	97,00 bz
do. (Oblig.) 1889	4	97,10 bz B.
Kursk-Kiew conv	4	97,90 bzG.
Losowo-Sebast.	5	101,00 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	92,00 B.
do. Rjäsan gar.	4	99,00 bzG.
do. Smolensk g.	5	103,40 bzG.
Orel-Griasy conv	4	97,00 bz
Poti-Tiflis gar.....	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	97,40 G.
Rjaschk-Morcz. g	5	103,50 bzG.
Rybinsk-Bolog...	5	97,40 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar...	4	99,40 bz
Transkaukas. g...	3	84,30 G.
Warsch.-Ter. g.	5	105,50 G.
Warsch.-Wienn.	4	101,00 bz
Wladikawk. O. g.	4	99,10 G.
Zarskoe-Selo	5	94,25 bzG.
Anatol. Gold-Obl	5	90,75 G.
Gotthardbahnov.	4	103,25 bz
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	47,60 bzG.
Süd-Ital. Bahn....	3	50,40 bzG.
Serb. Hyp.-Obl...	5	69,90 bz B.
do. Lit. B........	5	59,50 bz
Central-Pacific...	6	102,00 G.
Illinois-Eisenb. ..	4	
Manitoba............	4½	97,10 G.
Northern Pacific	6	109,40 bz G.
San Louis-Franc.	6	87,50 bz
Southern Pacific	6	105,00 G

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,50 bz G.
do. do. II.	3½	109,10 bzG.
do. do. III. abg.	3½	99,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,10 G.
do. do. V. abg.	3½	95,10 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	110,75 bz G.
do. do.	4	102,50 bz G.
do. do.	3½	95,60 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	95,50 B.
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,10 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,75 G.
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,90 bz
Pf. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,25 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,50 G.
do. do. X (rz. 110)	4½	111,90 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,10 G.
Pr. Cent.-P (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	96,75 bz G.
do. do. künb. 1900	4	103,50 bzG.
Pr. Centr.-Pf Com-O	3½	96,50 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	3½	96,20 bzG.
do. do. (rz. 100)	4	101,00 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 B.
do. do. do.	3½	96,25 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr. do. do. (rz. 110)	4½	106,00 B.
do. do. (rz. 110)	4	
do. do. (rz. 100)	4	101,30 bzG.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	4¼	70,80 bzG.
Berl. Cassenver.	5⅓	130,00 B.
do. Handelsges.	5	139,60 bzG.
do. Maklerver...	7½	116,50 G.
do. Prod-Hdbk.	—	97,50 bzG.
Börsen-Hdlsver.	8	130,60 G.
Bresl. Disc.-Bk...	5	99,10 bzG.
do. Wechslerbk.	5	98,30 bzG.
Danz. Privatbank	7⅛	
Darmstädter Bk.	—	142,00 bz
do. do. Zettel	4⅓	
Deutsche Bank..	8	171,10 bz G.
do. Genossensch	6	112,40 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	6	119,25 bz
Disc.-Command.	6	196,10 bz
Dresdener Bank	5½	143,10 bzG.
Gothaer Grundcreditbank	—	90,75 G.
Internat. Bank....		
Königsb. Ver.-Bk	4½	100,25 B.
Leipziger Credit	8	174,25 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	6	111,75 bzG.
Maklerbank	6½	107,50 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	135,30 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.....	6	111,10 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	100,00 bz B.
Nationalbk. f. D.	4½	108,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	3	95,25 bz
Oester. Credit-A.	9 1/16	
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	116,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	5½	104,10 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	—	130,50 bzG.
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	159,70 bzG.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,75 bzG.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt...........	—	104,20 bzG.
do. Immob-Bank 80 pCt...........	—	236,00 G.
do. Leihhaus	—	97,75 G.
Reichsbank.........	6,38	157,00 bz
Russische Bank..	8	99,70 bz
Schles. Bankver.	—	112,80 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	8¼	162,00 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges.: Berl.-Charl.	7,8	813,00 bz
City St.-Pr....		
Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Hann.-St.P...	—	76,00 bz G

Bauges. Humb...	6	
Moabit............	—	133,00 G.
Passage	—	70,50 bz G.
U. d. Linden..	—	
Berl. Elekt.-W. ..	8½	171,00 bzG.
Berl. Lagerhof....	—	90,00 bz
do. do. St.-Pr.	—	115,00 bz B.
Ahrens Br., Mbt.	0	48,25 G.
Berl. Bock-Br.....	0	51,75 bzG.
Schultheiss-Br. ..	15	237,25 bzG.
Bresl. Oelw.........	4½	85,00 B.
do. Sprit-A.-G.	7	105,75 G.
Deutsche Asph...	—	81,25 B.
Dynamit Trust...	10	135,00 bz G.
Erdmannsd. Sp...	—	90,25 bzG.
Fraust. Zucker...	7	128,50 bzG.
Glauz. Zucker	3⅜	213,10 G.
Gummi HarWien	25	
do. Schwanitz	—	183,80 bz
do. Voigt Winde	8	132,60 bz
do. Volpl. Schldt.	—	92,75 B.
Hemmoor Cem...	—	110,50 bz G.
Köhlm. Strk.	14	217,00 G
Körbisdf. Zucker	2½	107,00 G.
Löwe & Co.........	—	275,25 bz
Bresl. Linke........	—	155,75 bzG.
do. Hofmann..	—	140,90 bzG.
Germ. Vrz.-Akt...	4½	67,00 bz G.
Görlitz Körn.......	7	130,00 bzG.
Görl. Lüdr...........	9	147,75 B.
Grusonwerk		
H. Pauksch..........	3	
Schwarzkopff......	15	245,00 bz G.
Stettin-Vulk.-B. ..	—	103,00 bzG.
Sudenburg..........	10	170,50 bzG.
O.-Schl. Cham...	—	65,00 bz B.
do. Portl.-Cem...	—	102,00 bzG.
Oppeln. Cem.-F.	4½	118,50 bzG.
do. (Giesel)..	—	104,50 bzG.
Gr. Berl. Pferdeb.	—	251,00 bzG.
Hamb. Pferdeb...	4	97,75 G.
Potsd. ov. Pferdb.	—	97,25 bzG.
Posen. Sprit-F.....	5	
Rositzer Zucker	—	71,50 bz B.
Schles. Cement..	—	158,50 bzG.
Stett. Bred. Cem.	—	90,00 G.
do. Chamott...	—	209,50 bzG.
Bgw. u. H.-Ges...		
Aplerbecker	7	114,50 bz
Berzelius.	—	122,00 bz
Bismarkhütte......	8	176,75 bz G.
Boch. Gusst.-F...	3½	134,90 bz
Donnersmarck...	—	99,80 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,00 bzG.
Gelsenkirchen	9	150,40 bz
Hibernia..............	5½	121,60 bzG.
Hörd. St.-Pr.-A...	0	25,00 B.
Inowracl. Salz....	1	43,30 bzG.
König u. Laura..	3	127,25 bz
Lauchham. cv.....	4½	105,00 bzG.
Louis. Tief. St.-P.	4	
Oberschl. Bed...	½	73,00 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	103,25 bzG.
Redenh. St.-Pr...	0	8,00 B.
Riebeck. Mont...	11	166,00 bzG.
Schles. Kohlw. ..	0	27,75 bzG.
do. Zinkhütte....	15	183,25 bzG.
do. do. St.-Pr.	15	183,25 bzG.
Stolb. Zink-H.	1	38,25 bzG.
do. St.-Pr.....	6	104,10 G.
Tarnowitz ov.	3½	48,50 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	17,50 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.